

Gießen - eine Standortbestimmung

Ludwig Brake

Die größere Vielfalt der Städtelandschaft, zumindest was den verfassungsrechtlichen Aspekt angeht, erlebte Hessen in der Zeit des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Mit dessen Ende und der Abdankung des Kaisers fiel auch die Garantieinstitution für die Vielfalt des Alten Reiches weg. Danach wurden viele Unterschiede zwischen einzelnen städtischen Erscheinungsformen eingeebnet, nivelliert. Daher wird sich der erste Teil der Betrachtung auf die Zeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts konzentrieren.

Im zweiten Teil wird der Blick auf die Zeit des 19. und 20. Jahrhunderts gelenkt, wo sich in der Gießener Stadtgeschichte bis dahin ungekannte dynamische Prozesse abspielten, die das Wesen dieser Stadt tiefgreifend wandelten.

Die Darstellung von Geschichte hängt immer von der Perspektive des Betrachters ab. Wenn man sich mit Gebilden wie Gießen oder noch kleineren Städten beschäftigt, wird man dies im Bewußtsein tun, daß das, was aus einer Überschau unbedeutend, klein und mittelmäßig erscheint, bei einer verringerten Distanz wesentlich stärkere Konturen erhält, sich aus der Umgebung deutlicher heraushebt. Es ist also ein Unterschied, ob man Gießen im geographischen Rahmen des Heiligen Römischen Reiches betrachtet, ob der Orientierungsrahmen Hessen, die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt oder Oberhessen ist.

Neben so unterschiedlichen Stadtindividuen wie der reichsstädtischen Handelsmetropole Frankfurt, der benachbarten Reichsstadt Wetzlar, der Reichsstadt und Burgenstadt Friedberg, der Residenzstadt Büdingen, der Bischofsstadt Fulda, der Universitätsstadt Marburg und der Landstadt Homberg, bietet sich der Versuch einer verfassungsgeschichtlichen Einordnung Gießens an. Hier wird man zu dem Ergebnis kommen: Gießen ist von Beginn seiner Existenz an die Stadt eines Stadtherrn, mit einer stark an der Landwirtschaft orientierten Ökonomie gewesen. Daran hat sich bis zum Ende des Alten Reiches im Jahre 1806 nichts geändert. Die Stadt ist im Prozeß der Entstehung der hessischen Einzelstaaten immer tiefer in das sie umgebende Territorium eingebunden und ihr Spielraum zu eigenständigem Handeln ist im Laufe dieser Entwicklung durch den sich immer mehr verstärkenden Zugriff des Landesherrn, aber auch mangels eigener ökonomischer Potenz, immer weiter reduziert worden. Aus eigener Kraft konnte die Stadt Gießen keine Impulse für entscheidende neue Entwicklungen und Orientierungen geben. Gießen war am Ende des Alten Reiches mehr als je zuvor eine „Stadt im Territorium“.¹ Damit ist ein Entwicklungsphänomen be-

¹ Vgl. W. Bingsohn, Stadt im Territorium, in: 800 Jahre Gießener Geschichte, hg. v. L. Brake u. H. Brinkmann, Gießen 1997, S. 65-94.

schrieben, das auch auf viele andere Territorialstädte in der Zeit des Alten Reiches zutrifft.

Wenn also der Standort Gießens in der hessischen Städtelandschaft beschrieben werden soll, um deutlich zu machen, welche Bedeutung und welchen Stellenwert diese Stadt im Territorium hatte, so führen verfassungsrechtliche Beschreibungskriterien, wie die Unterscheidung zwischen Reichsstadt oder Territorialstadt, zu wenig signifikanten Ergebnissen.

Für Gießen wird man mit der Bestimmung der „Funktion der Stadt innerhalb des Territoriums“ weiterkommen. Die angedeuteten Grundstrukturen werden dadurch zwar nicht verändert, doch wird es auf diese Weise möglich, die Stadt Gießen unter Berücksichtigung der vorgegangenen Veränderungen besser in den regionalen Bezugsrahmen einzuordnen.² Und die Funktion der Stadt Gießen war es auch, die ihre Rolle und Bedeutung innerhalb des Territoriums über die Zäsur von 1806 hinaus weiter bestimmte.

Seit dem Beginn seiner Existenz haben sich, zeitlich aufeinander folgend, bestimmte Aufgaben dieses Ortes herausgebildet, die in einzelnen Epochen jeweils unterschiedlich stark seine Geschichte geprägt haben. Gießen, die Siedlung um eine Burg, war von Anfang an auch Verwaltungsmittelpunkt. Zu diesen Aufgaben kamen weitere Funktionen hinzu. Die Stadt wurde Dienstleistungszentrum und Umschlagplatz für Handelsgüter. Entsprechend der strategisch günstigen Lage an der Grenze zwischen dem gebirgigen nördlichen Hessen und der Wetterau (Gießen beherrschte Fernverkehrswege und einen Lahnübergang) wurde es Militärstandort und infolge dynastischer Landesteilungen und konfessioneller Auseinandersetzungen zu Beginn des 17. Jahrhunderts hessische Landesuniversität. Bis heute haben sich diese vier Funktionen erhalten und bestimmen mehr oder weniger stark den Charakter der Stadt.³

Betrachtet man die Geschichte einer Stadt, so sucht man Eckdaten, oder Wendepunkte, an denen man Veränderungen der Geschichte einer Stadt verdeutlichen kann. Für Gießen nenne ich sechs: 1197 urkundliche Ersterwähnung, 1265 Übergang an Hessen, 1530 Bau der Festung, Anfang des 17. Jahrhunderts, Übergang Gießens an Hessen-Darmstadt und die Errichtung der Universität (1607), 1803 - 1810 Entfestigung der Stadt und Dezember 1944 Bombardierung durch die alierte Luftflotte und damit Zerstörung der gesamten historischen Innenstadt. Ob die neunziger Jahre mit ihren von den Zeitgenossen ebenfalls als dramatisch empfundenen Veränderungen eine ebenso gravierende Zäsur darstellen werden, muß die Zukunft zeigen.

² Vgl. Klaus Gerteis, Die europäischen Städte in der Frühen Neuzeit, Darmstadt 1986, S. 31-32.

³ Vgl. Thomas Martin, Die wachsende zentralörtliche Bedeutung von Gießen im Spiegel mittelalterlicher Urkunden, in: MOHG NF 64/1979, S. 49-103, hier bes. S. 78-81.

Diese Wendepunkte und die damit verbundenen Folgen müssen gewertet und eingeordnet werden. Entwicklungspotentiale können dadurch geöffnet werden, andererseits können sie auch einengend wirken und Möglichkeiten verbauen. Immer ist der regionale und politische Bezugsrahmen mit einzu-beziehen. Die Frage nach den Einwirkungen von außen und den Spielräu-men für eigene, selbständige Entwicklungen, muß im Auge behalten wer-den. Für Gießen wird man zunächst feststellen können, daß zumindest die genannten Wendepunkte nicht durch die Stadt selbst ausgelöst und bewirkt wurden, also Ausdruck innerer Prozesse waren, sondern in der Regel von außen initiiert und durchgesetzt wurden. Dies scheint ein Kennzeichen für die Gießener Geschichte zu sein.

„Ausgangspunkt der Siedlungsgeschichte Gießens ist die Burg Gleib-berg“⁴. Infolge einer Erbteilung siedelte Wilhelm von Gleiberg in der Mitte des 12. Jahrhunderts in die östliche Hälfte der Gleiberger Grafschaft auf das Ostufer der Lahn über. Dort baute er für sich und seine Frau Salome wohl um 1151/52 auf einer leicht erhöhten Sandbank im Mündungsgebiet der Wieseck in die Lahn eine kleine Burg.⁵ Der Name Gießen wird erstmals in einer Urkunde aus dem Jahre 1197 erwähnt. Die Witwe des Grafen Wilhelm von Gleiberg tritt als „domina Salome comitissa de Giezen“ auf. Das be-deutet, sie hat den Namen ihrer Burg als Leitnamen übernommen. Es be-deutet weiterhin, daß die Burg Gießen nun als Mittelpunkt der Osthälfte die-ser Grafschaft fungierte und von hier aus die Herrschaftsrechte ausgeübt worden sind.⁶

Um die Burg herum entstand eine Burgsiedlung, in der sich allmählich städtisches Leben entfaltete. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts bezeich-ne-te der Name Gießen dann weniger die Burg und Herrschaft, sondern viel-mehr die im Schatten der Burg gewachsene städtische Siedlung und ihre Verwaltungsorgane. Im Mai 1248 begegnen uns erstmals die drei Kompo-nenten: Schultheiß (Organ des Stadtherrn in der Zivilverwaltung), Schöffen (Organ der Stadtbürger) und Burgmannen (wenn man so will der militärisch-administrative Bestandteil der herrschaftlichen Verwaltung), die zugleich über Jahrhunderte hinweg die städtische Oberschicht bildeten. Gießen tritt damit als Stadt in die Geschichte ein.⁷

⁴ Hans Heinrich Kaminsky, Die Anfänge: 1197-1308, in: 800 Jahre Gießener Geschichte, 1197-1997, Hg. Ludwig Brake u. Heinrich Brinkmann, Gießen 1997, S. 1-23, hier S. 1.

⁵ Bodenfunde aus dem Bereich der ehemaligen Burg brachten Bauhölzer zu Tage, deren Einschlagdaten 1151/52 durch dendrochronologische Gutachten bestimmt werden konn-ten. Vgl. Manfred Blechschmidt, Die stadarchäologische Forschung, in: 800 Jahre Gießener Geschichte (wie Anm. 1.), S. 313-349, hier S. 336.

⁶ Vgl. Thomas Martin, Die wachsende zentralörtliche Bedeutung von Gießen im Spiegel mittelalterlicher Urkunden, in: MOHG NF 64/1979, S. 49-103, hier bes. S. 54-56.

⁷ Vgl. dazu auch Thomas Martin, Die wachsende zentralörtliche Bedeutung von Gießen im Spiegel mittelalterlicher Urkunden, in: MOHG NF 64/1979, S. 49-103, hier bes. S. 55-58. Vgl. dazu Kaminsky, wie Anm. 4, S. 9.

Dabei dürfte es sich zunächst nur um eine recht kümmerliche Existenz gehandelt haben, die allein durch die Straßen- und Flußlage Bedeutung erhielt.⁸ Diese strategisch günstige Position und das wachsende Interesse der staufischen Partei an der Absicherung ihres nördlichen Einflußgebietes, sind wohl die tieferen Gründe dafür gewesen, daß die Tochter Salomes, Mechtild, vor 1181 mit dem Pfalzgrafen Rudolf von Tübingen, einem wichtigen Gefolgsmann Friedrich Barbarossas, verheiratet wurde. Gießen war damit in die staufische Herrschaftssphäre einbezogen und bildete gleichsam den „Schlußstein“ des Einflußbereichs der Staufer im Norden der Wetterau. Doch mit dem Niedergang der staufischen Macht schwand auch bei den schwäbischen Adligen die Neigung, sich in ihrem nördlichen Außenposten zu engagieren. Sie verkauften ihren Besitz schließlich 1264/65 an den Landgrafen Heinrich I. von Hessen.⁹

Die Lage Gießens war es, die zum Erwerb reizte. „Die steigende Bedeutung der großen Verkehrslinien für die hoch- und spätmittelalterliche Wirtschaft mußte früher oder später zum Erwerb des Platzes locken“, wie Hans Patze es formulierte.¹⁰ Neben wirtschaftlichen spielten für die hessischen Grafen auch strategische Erwägungen eine Rolle. In der Auseinandersetzung mit dem Mainzer Erzbischof konnte mit Gießen eine Verbindung zu dessen nördlicher gelegenen Besitzungen gesperrt werden. Grünberg und Nordeck blockierten zwei weitere Verkehrswege. Die Stadt an der Lahn war damit in den Herrschaftszusammenhang desjenigen aufstrebenden Adelsgeschlechts eingebunden, dem die Zukunft in der Region gehören sollte.

Der strategischen Schlüsselstellung der Stadt als südlicher Außenposten seines Einflußgebietes wandte sich die besondere Aufmerksamkeit des Stadtherrn zu. Diese äußerte sich in erweiterten und verstärkten Stadtbefestigungen, der Anlage einer neuen Burg um 1300, aber auch in der Ausstattung mit Land und Rechten. Dazu gehörten die Ausdehnung der Stadtrechte auf die kleine Vorstadt, die sich zur Lahnseite hin entwickelt hatte, sowie die großzügige Erweiterung des Gießener Wirtschaftsraumes durch die Schenkung eines großen Waldgebietes.¹¹ Dadurch wurde das kleine Gemeinwesen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts derart mit Land und

⁸ Vgl. dazu Kaminsky, wie Anm. 1, S. 2.

⁹ Vgl. dazu Kaminsky, wie Anm. 1, S. 6-12.

¹⁰ Hans Patze, Geschichte des Gießener Raumes von der Völkerwanderung bis zum 17. Jahrhundert, in: Gießen und seine Landschaft in Vergangenheit und Gegenwart, hg. v. Günter Neumann, Gießen 1970, S. 76-108, hier S. 84.

¹¹ Vgl. Kaminsky (wie Anm. 4), S. 15-16; Martin (wie Anm. 3), S. 69-70 und Eva-Marie Felchow, Wirtschafts-, Sozial- und Verfassungsgeschichte vom späten Mittelalter bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts, in: 800 Jahre Gießener Geschichte (wie Anm. 1), S. 24-64, hier S. 25. Zur Gemarkungsentwicklung immer noch grundlegend Erwin Knauß, Gemarkungs- und Allmendentwicklung in Gießen. Ein Beitrag zur rechts- und verwaltungsgeschichtlichen Stadtopographie, in MOHG NF 47/1963, S. 1-210.

Wald ausgestattet, daß sein Fortbestehen auf Dauer gesichert war. Doch mit den bereits etablierten Nachbarn, etwa der Reichsstadt Wetzlar, die den regionalen Handel in weitem Umkreis an sich zog, oder mit den hessischen Städten Marburg, Grünberg und Alsfeld konnte Gießen zu dieser Zeit nicht konkurrieren. Die städtische Wirtschafts- und Gewerbestruktur blieb an der Produktion für die „elementare Versorgung“ des eigenen Bedarfs orientiert. Die Marktfunktion der Stadt beschränkte sich bestenfalls auf den näheren Umkreis.¹²

Die veränderten Rahmenbedingungen durch die Zugehörigkeit zu Hessen und die damit verbundene Förderung durch den neuen Stadtherrn steigerten die Attraktivität Gießens und setzten im 14. und 15. Jahrhundert einen allmählichen Wachstumsprozeß in Gang. In einem noch nicht genau geklärten Wüstungsprozeß wurden umliegende Siedlungen aufgegeben. Deren Bewohner zogen zum Teil in die Stadt und brachten ihre Grundstücke in das Gießener Stadtgebiet ein, was die Gemarkung erneut wachsen ließ. Durch diese Vorgänge blieb die Ökonomie der Stadt für die nächsten Jahrhunderte, bis weit in die frühe Neuzeit hinein, auf die landwirtschaftliche Produktion hin ausgerichtet. Grundlage hierfür war die hauptsächlich für die Viehzucht (Schafe, Rinder und Schweine) nutzbare, große Gemarkung. Aufgrund dieser Entwicklung hatte Gießen bis ins späte zwanzigste Jahrhundert die größte Stadtgemarkung in Hessen. Dies scheint auch den Interessen der hessischen Landgrafen entsprochen zu haben, denn gezielte Stimulierungen des Gießener Gewerbesektors von ihrer Seite sind nicht festzustellen. Genau dies, die große, landwirtschaftlich nutzbare Gemarkung, machte dann die eigentliche Leistungsfähigkeit Gießens aus. „Die Verankerung der Stadt auf einer breiten agrarischen Grundlage sicherte ihr wirtschaftliche Stabilität“ in einer kleinräumigen Städtelandschaft.¹³ Der Wert Gießens bestand für die Landgrafen von Hessen in der strategisch günstigen Lage, in der militärischen Bedeutung, als Verwaltungssitz und in seiner Versorgungsfunktion.¹⁴ Die Stadt gehörte mittlerweile, in der Mitte des 15. Jahrhunderts, aufgrund ihrer Steuerkraft zu den bedeutendsten Städten der Landgrafschaft. In Oberhessen nahm sie den zweiten Rang gleich hinter dem traditionsreicheren Marburg ein.¹⁵

In Gießen bildeten sich nun immer deutlicher weitere Zentralitätsfunktionen heraus. Es bestand eine Schule, die auch Schülern des Umlandes als Ausbildungsstätte zur Verfügung stand.¹⁶ Die Stadt bekam im 15. Jahrhundert zwei Jahrmärkte verliehen. Von hier aus verwalteten landgräfliche Be-

¹² Vgl. Kaminsky (wie Anm. 4), S. 17-18; Martin (wie Anm. 3), S. 72.

¹³ Vgl. Martin, wie Anm. 3, S. 79-80 und Knauß, wie Anm. 11, S. 47-51.

¹⁴ Vgl. Felschow (wie Anm. 6), S. 37-40 u. 43.

¹⁵ Vgl. Felschow (wie Anm. 6), S. 44.

¹⁶ Eine Schule ist in Gießen seit 1462 nachgewiesen, vgl. H. Minke, Die Entwicklung des Gießener Schulwesens, Gießen 1998, S. 15. Die früheste erhaltene Schulordnung von 1543 (StdAG 2814) spricht ausdrücklich auch von „außblendigen“ Kindern.

amate die hessischen Besitzungen der näheren Umgebung. Gießen war Sitz eines Amtmannes.¹⁷ Dies bedeutete allerdings auch eine stärkere Kontrolle durch den Stadtherrn. Eine größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit von den hessischen Landgrafen zu erlangen, war unter diesen Voraussetzungen nicht möglich. Eine gewisse „Emanzipation“ der Stadtbürger innerhalb ihrer Stadt läßt sich allenfalls an der Siegelentwicklung Gießens belegen, wo die „oppidanorum gizin“, die Gießener Stadtbürger, auf einem seit 1371 belegten Siegel, ohne Nennung der in stadtherrlichen Diensten stehenden Burgmannen, als alleinige städtische Vertreter fungieren. Dieser städtischen „Emanzipation“ in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts standen in den folgenden Jahrzehnten Eingriffe des Stadtherrn gegenüber, der sich weitgehende Kontroll- und Eingriffsrechte sicherte.¹⁸ Doch handelte es sich dabei um kein isoliertes Phänomen, das allein Gießen betraf. Es stand im Zusammenhang mit den Bemühungen zur Errichtung eines hessischen Territoriums. Die politische und wirtschaftliche Integration der hessischen Lande kostete viel Geld und machte einen stärkeren Zugriff des Landesherrn auf die Städte notwendig. Der Landgraf erreichte damit vor allem eine Ausweitung seines finanziellen Spielraums und eine Einschränkung der städtischen Autonomie. Gleichzeitig wurde damit der Status quo Gießens derart zementiert, daß eine Veränderung aus Kräften der Stadt allein nicht mehr möglich war.

Gießen blieb eine Agrarstadt. Ein über die Befriedigung des lokalen Bedarfs hinausgehendes Gewerbe entwickelte sich nur in Ansätzen: lediglich das Wollweberhandwerk produzierte zeitweise für den überregionalen Markt. Haupterwerbszweig blieb die Landwirtschaft, denn „wichtiger als der Handel mit Tuchen“ war die Dienstleistungsfunktion der Stadt im Rahmen der landesherrlichen Politik. Gießen war Versorgungsstation und Lieferant landwirtschaftlicher Produkte.

Bis dahin blieb Gießen eine relativ unbedeutende Kleinstadt, fest im Griff des Stadtherrn, die sich nur durch ihre Steuerkraft und ihre strategische Lage, als südlicher Außenposten des sich bildenden hessischen Territoriums auszeichnete. Kräfte zu einer Veränderung von innen heraus fehlten. So mußte der Anstoß zum ersten großen Umschwung in der Gießener Stadtgeschichte von außen kommen. Dies geschah, als Philipp der Großmütige von Hessen die Stadt im 16. Jahrhundert zur Festung ausbaute. Bis dahin war Gießen nicht mehr, aber auch nicht weniger militärische Bedeutung zugekommen, als anderen hessischen Städten. Nun wurde die Stadt planmäßig um ein Mehrfaches ihrer ursprünglichen Flächenausdehnung erweitert und mit modernen Befestigungsanlagen umgeben. Gleichzeitig wurde die ge-

¹⁷ Vgl. Felschow (wie Anm. 6), S. 27, 43.

¹⁸ Zu den Stadtsiegeln vgl. Karl Friedrich Günther, Die Wappen der Städte des Großherzogtums Hessen, in: AHG 3/2 1842 S. 1-87, hier S. 30-37 und Anhang Fig. 14-18; vgl. Felschow (wie Anm. 6), S. 33-35.

samte Stadt zum militärischen Sicherheitsbereich erklärt. Bei dieser Entscheidung war einzig der Wille des Landesherrn ausschlaggebend, ohne Reflex auf einen bestehenden Bevölkerungsdruck im Inneren der Stadt. Die Stadterweiterung war allenfalls ein Nebenprodukt; entscheidend war die strategische Zielsetzung und das militärtechnische Erfordernis. Den Hintergrund dieser militärstrategischen Initiative bildete zum einen das Streben des geltungsbewußten Landgrafen Philipp, Hessen einen herausgehobenen Platz unter den deutschen Mächten zu sichern, zum anderen kann sie als eine Abwehrreaktion des protestantischen Landesherrn auf die gegenreformatorische Eindämmungspolitik des Reiches verstanden werden. An der Spitze des Schmalkaldischen Bundes (gegründet am 27. Februar 1531) stellte Philipp die Weichen für eine mehr als 250jährige Phase der Gießener Stadtgeschichte und legte damit auch den äußeren Rahmen für ihre Entwicklungsmöglichkeiten fest.¹⁹

Durch den militärischen Ausbau war die Stadt und Festung Gießen aus der Zahl der hessischen Landstädte herausgehoben. Lediglich Rüsselsheim und Ziegenhain verfügten zum damaligen Zeitpunkt über ähnlich moderne Befestigungsanlagen. Weiterreichende Impulse auf wirtschaftlichem Gebiet gingen von der Festung auf die Stadt jedoch nicht aus. Abgesehen von punktuellen Stimulierungen des städtischen Handwerks während einzelner Bauphasen und in Kriegszeiten, veränderte sich die städtische Ökonomie während der Festungszeit kaum. Eine speziell auf den Bedarf der Festung ausgerichtete Umgestaltung des Gewerbesektors fand nicht statt, auch nicht, nachdem das landesherrliche Arsenal, das Zeughaus, die gesamte Artillerie des Landes aufnahm. Der Stadt gelang es nicht, den einheimischen Handwerkern auf Dauer die Lieferungen für das Militär zu sichern. Dies galt vor allem für den militärischen Spezialbedarf, wie Kanonen, Büchsen, Harnische und andere Rüstungsgüter, es galt aber auch für die Lieferungen von Proviant, Schuhwerk und Uniformen, die durchaus vom lokalen Gewerbe hätten befriedigt werden können²⁰.

Allerdings fand auf einem anderen Gebiet eine Gewichtsverschiebung statt. In der durch den Festungsbau erweiterten Stadt wurde im Nordosten,

¹⁹ In Gießen entstanden nicht die einzigen hessischen Festungsbauten: Kassel (1523-1546), Ziegenhain (1537-1542) und Rüsselsheim (1530-1540) sind in ähnlicher Weise befestigt worden. Vgl. Jürgen Rainer Wolf, Festung und Nebenresidenz in Oberhessen, in: 800 Jahre Gießener Geschichte (wie Anm. 1), S. 410-445, hier S. 414.

²⁰ Anm: Vgl. Felschow (wie Anm. 6), S. 57. Zwar gab es seit dem 16. Jahrhundert außerhalb der Stadt eine Pulvermühle (StAD, E 10, Nr. 60/2) und auch das Gewerbe eines Stück- und Glockengießers ist nachgewiesen. Doch lassen sich darüber hinaus keine weiteren Umstellungen des städtischen Handwerks auf die Produktion von Militärbedarf ableiten. Für die Gießerei ist wahrscheinlich, daß sie lediglich Reparaturarbeiten und kleinere Aufträge für die Festung übernehmen konnte. Die Kanonen der hessischen Artillerie wurden jedenfalls nicht in Gießen gegossen, wenn doch, dann nur ausnahmsweise. Vgl. Wolf, wie Anm. 19, S. 419-420 u. 430.

ausgehend von der zweiten Burg, ein großes Areal für Zwecke des Landesherrn freigehalten. In diesem Bezirk entstand so etwas wie ein „Gießener Regierungsviertel“. Mit dem Festungsbau war die Bedeutung der Stadt für den Landesherrn weiter gewachsen und machte nun Einrichtungen erforderlich, die die Stadt auch als Nebenresidenz tauglich machen sollten. In diesem Zusammenhang kam es zu einem für Gießener Verhältnisse monumentalen Ausbau landesherrlicher Repräsentations-, und Zweckbauten. Dazu gehörte zunächst 1533-37 der Bau des Neuen Schlosses. Allein schon durch seine Abmessungen (34,5 Meter Länge, 12 Meter Breite und 19,5 Meter Höhe) einer der bedeutendsten Fachwerkbauten Hessens, konnte der Bau im Schutze der Festungsmauern auf äußere Wehrhaftigkeit verzichten. Es wurde mehr auf Repräsentativität geachtet und so erhielt das Neue Schloß eher den Charakter eines Sommerschloßchens. Auch das Zeughaus, ein militärischer Zweckbau (gebaut in der Zeit von 1585-1590) sucht mit seinen Abmessungen von 85 Metern Länge, 22 Metern Breite und 26 Metern Höhe in Hessen seinesgleichen.²¹ Hinzu kamen in diesem Bereich unter anderem der Marstall, die Kellerei, die Zehntscheuer und das Haus des Stadtkommandanten (später altes Hofgericht).²²

Damit war zugleich eine wesentlich stärkere Präsenz der landesherrlichen Verwaltung in der Stadt gegeben. Zu den Amtleuten der zivilen Verwaltung und den Burgmannen in landesherrlichen Diensten kam nun noch die Militärverwaltung hinzu, die in viele Belange der Stadt reglementierend eingriff, die städtische Verwaltung überwachte und in Krisen- und Kriegszeiten vollständig das Kommando übernahm.

Wenn man die Festungsfunktion der Stadt für Gießen werten will, wird man zu dem Ergebnis kommen, daß zwar das städtische Siedlungsgebiet mit der Anlage der Befestigungswerke erheblich vergrößert wurde und die Bedeutung der Stadt und Festung im Vergleich zu anderen Städten des Landes stieg, Gießen selbst konnte daraus jedoch keinen wesentlichen Nutzen ziehen. Im Gegenteil: die Festung legte die Stadtentwicklung für Jahrhunderte fest und brachte für die Bürger zusätzliche Lasten in Gestalt von Wachdiensten und Leistungen für die Bauunterhaltung der militärischen Anlagen.²³ Und auch auf militärische Gegner übte die Festung eine, aus der Sicht der Stadt, ungute Anziehungskraft aus. Feste Plätze wie Gießen wurden gerne besetzt, und das bedeutete für die Bürger nur noch mehr Aufwendungen für die fremden Truppen. Ein gravierender Umschwung ergab sich aus der Teilung des hessischen Territoriums nach dem Tode Philipps des Großmütigen (1567) und dem schließlich im Jahre 1604 erfolgten Übergang

²¹ Herbert Krüger, Das Neues Schloß in Gießen, in: Nachrichten der Gießener Hochschulgemeinschaft, 30/1961, S. 165-179, hier S. 175-176, S. 165.

²² Heinrich Walbe, Kunstdenkmäler in Hessen, Kreis Gießen, nördlicher Teil, Darmstadt 1938, S. 92-109.

²³ Vgl. Felschow (wie Anm. 6), S. 55-57.

Gießens an die Hessen-Darmstädter Linie. Für die Stadt brachte dies eine Aufwertung ihrer Position innerhalb des neuen kleineren Territoriums, da ihr nun die Funktion als Regierungssitz für die oberhessischen Landesteile zufiel.

Vor dem Hintergrund des neu entstandenen hessischen Territoriums und der konfessionellen Auseinandersetzungen mit dem nördlichen Nachbarn, kam es auch zur Zuweisung einer weiteren Funktion, die Gießen in Zukunft wesentlich mit prägte. 1605 wurden auf Veranlassung des Landesherrn zunächst das „Gymnasium illustre“ und Gießener Pädagogium und 1607 die lutherische Landesuniversität als Gegenpart zur kalvinistischen Universität des Hessen-kasselischen Marburg gegründet.²⁴

Gießen war somit die einzige zentrale Ausbildungsstätte der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt für den Nachwuchs an Lehrern, Pfarrern, Beamten und Wissenschaftlern. In dieser Funktion strahlte die Stadt weit in die Umgebung hinein aus. Zusammen mit den bisherigen Funktionen hatte die Stadt nun eine einzigartige Stellung innerhalb des sie umgebenden Territoriums inne. Festung, Verwaltungszentrum und Landesuniversität wiesen Gießen einen Rang gleich nach der Residenz Darmstadt zu. Doch wird man auch bei der Einschätzung dieser beiden neuen Funktionen zu dem Ergebnis kommen, daß sie die bestehenden Strukturen innerhalb der Stadt nicht wesentlich veränderten. Zwar kam es zu einer regen Bautätigkeit, doch wirkte sich dies nur in einer stärkeren Betonung des Gießener „Regierungsviertels“ aus, wo für die Universität und deren Angehörige zunächst auf landesherrlichem Gelände Gebäude errichtet wurden. Auch kam es punktuell zu Veränderungen in Handwerk und Gewerbe, indem sich einige wenige Spezialberufe ansiedelten, die unter anderem direkt für den Bedarf der Universität produzierten, Apotheker, Buchdrucker und Buchhändler, doch bedeutete dies keine Gewichtsverschiebung innerhalb von Handwerk und Gewerbe insgesamt.

Für das Verhältnis Stadt und Landesherr bedeutete das Hinzukommen der beiden Komponenten Regierung und Universität eine weitere Stärkung der Position des Landesherrn. Gerade mit der Universität und ihren Angehörigen bestand in Gießen nun ein zusätzlicher Faktor, der rechtlich völlig unabhängig von der Stadt dem Landesherrn direkt unterstellt war. Die Gewichte hatten sich noch zusätzlich zugunsten der Zentrale verschoben.

Die Auswirkung beider Umstände zeigte sich in aller Deutlichkeit im 18. Jahrhundert, als sich der Landesherr unter den Vorzeichen der absolutistischen Durchdringung seines Territoriums, aber auch aufgrund finanzieller Notlagen gezwungen sah, seine starke Stellung innerhalb der Stadt zu

²⁴ Vgl. Peter Moraw, Die Universität von den Anfängen bis zur Gegenwart (1607-1995), in: 800 Jahre Gießener Geschichte (wie Anm. 1), S. 446-484, hier S. 446-448.

immer tieferen Eingriffen in die Stadtverfassung und Stadtökonomie zu nutzen.²⁵

Aus den Notwendigkeiten und Bedürfnissen des Territoriums leiteten sich die Aufgaben und Funktionen der Stadt Gießen ab. Der Wille des Landesherrn bestimmte die Funktion der Stadt und ihre Bedeutung. Einzigartig stand Gießen am Ende des 18. Jahrhunderts unter den Städten der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt da: Verwaltungs- und Versorgungsmittelpunkt für das nähere und weitere Umland, Militär- und Festungsstadt sowie Universitätsstadt. Vergleichbare Konstellationen und Aufgabenbündelungen gab es in Hessen-Darmstadt nicht mehr. Doch hatte dies seinen Preis. Der Einfluß des Landesherrn wog in Gießen so schwer, daß eigene Initiativen aus der Stadt selbst nahezu unmöglich waren.

Aus größerer Distanz betrachtet bot Gießen am Ende des Alten Reiches das Bild einer altertümlichen, ökonomisch rückständigen Stadt mit einer ziemlich heruntergekommenen Festung in einem hochverschuldeten Territorium, mit einer noch relativ unbedeutenden Universität. Eine Zukunftsperspektive war nicht in Sicht.

Die Französische Revolution und die in der Rheinbundzeit ausgelösten Reformschübe führten zu tiefgreifenden Veränderungen der Rahmenbedingungen. Das Heilige Römische Reich, welches über Jahrhunderte die Garantieinstitution für die Vielfalt der alten Gesellschaft bildete, war 1806 weggefallen. Auf die Städte hatte dies die Auswirkung, daß sie, soweit sie im Laufe des 18. Jahrhunderts noch nicht in die jeweiligen Territorien integriert worden waren, nun dem ungehinderten Zugriff der jeweiligen Landesherrn ausgeliefert, bis auf wenige Ausnahmen, ihren Sonderstatus und ihre Selbstverwaltungskompetenzen verloren. Fortan gab es in der Regel nur Städte, die den Einzelstaaten untergeordnet und in deren Funktionsgefüge integriert waren.

Für Gießen hatte dies aber auch die Folge, daß die Stadt ihre Festungsfunktion und wenig später auch ihren Status als Garnisonsstadt verlor. In der Zeit zwischen 1803 und 1810 fielen die Stadtwälle auf Anordnung des Landesherrn. Unter Beteiligung der Bürgerschaft, die über Jahrhunderte zu seiner Erhaltung verpflichtet gewesen war, wurde der Festungsgürtel niedergelegt. Die landesherrliche Regierung hatte sogar als Anreiz für die Einebnung der Stadtwälle die Wallgrundstücke denjenigen kostenlos als Bauland überlassen, die diese Arbeiten freiwillig übernahmen. Dennoch tastete sich die Stadt nur zögernd über diese jetzt imaginäre Grenze hinaus und nur langsam beschleunigte sich der Wandel.

Grundlegend für den auch in Gießen beginnenden Wandel war unter anderem die Einführung einer neuen einheitlichen Kommunalverfassung 1821

²⁵ Vgl. Wilhelm Bingsohn, Stadt im Territorium: 17. und 18. Jahrhundert, in: 800 Jahre Gießener Geschichte (wie Anm. 1), S. 65-94, hier S. 80 u. 89.

und deren allmähliche Weiterentwicklung zur Selbstverwaltung der Kommunen. Damit verbunden war die Ausstattung der Gemeinden mit Aufgaben und Kompetenzen, die es ihnen ermöglichte, auf die kommenden Herausforderungen angemessene Antworten zu finden. Durch weitere Verwaltungsreformen wurde Gießens Zentralitätsfunktion erhalten und gestärkt. Neben Stadt- und Provinzialverwaltung wurde Gießen nun auch noch Sitz der Verwaltung des Kreises Gießen.

Hauptsächlich die Universität und die ersten Ansätze einer industriellen Produktion waren nun die Faktoren, welche die Attraktivität der Stadt stärkten und neue Impulse vermittelten.

Aus der Enge der Stadt drängte die Universität hinaus. Nach dem Abzug der Garnison übernahm sie seit 1824 das neue, zunächst für das Militär errichtete Kasernengebäude auf dem Seltersberg. In einem Teil jenes neuen Kasernengebäudes, das hauptsächlich als erste moderne medizinische Klinik in Gießen genutzt wurde, hatte Justus Liebig sein Laboratorium und begann von hier aus seine wissenschaftliche Karriere, die der Universität zu überregionaler Bedeutung verhalf.

Anstöße zu einer Industrialisierung gingen in Gießen von der Tabakverarbeitung aus. Auf die Gründung der ersten Rauchtobakmanufaktur durch Georg Philipp Gail 1812 folgten rasch weitere Firmengründungen. Damit wurde ein Produktionszweig geschaffen, der bis in unser Jahrhundert hinein die Erwerbsstruktur der Region wesentlich mitbestimmte. Die Tabak- und Zigarrenfabrikation blieben bis ins 20. Jahrhundert hinein ein wesentlicher Faktor im Gießener Wirtschaftsleben.²⁶

Erst mit dem Bau der Eisenbahn und den damit verbundenen günstigen Transportbedingungen waren die Voraussetzungen für eine tiefergehende Industrialisierung geschaffen, aus der sich die neue Funktion der Stadt als Industrie- und Gewerbestandort entwickelte. Mit einer gewissen Verzögerung begannen sich nach der Jahrhundertmitte, auch in und um Gießen moderne Industrien anzusiedeln. Dabei bildete sich ein relativ vielfältiger Gewerbesektor heraus: Erzbergbau, Metallindustrie, Tonwaren und Ziegelfabrikation, daneben aber auch noch ein hoch entwickeltes Dienstleistungsgewerbe und ein breites Handelsspektrum. Die gestiegenen Anforderungen an schulische und berufliche Ausbildung förderten in Gießen die Entstehung einer außerordentlich vielseitigen Schullandschaft, die dank der verbesserten Verkehrsbedingungen weit ins Umland hinein ausstrahlte. Diese Funktionen ermöglichten zwar insgesamt kein rasant beschleunigtes Wachstum, erleichterten aber durch ihre Vielfalt das Überstehen von Krisen.

²⁶ Bernhard Bachmann, Gießen, Stadtgestalt und Stadtentwicklung, in Kulturdenkmäler in Hessen, Universitätsstadt Gießen, Hg. v. Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Karlheinz Lang unter Mitarbeit von Christel Wagner-Niedner, Wiesbaden 1993, S. 73-44, hier S. 30.

Nach ersten Ansätzen seit Ende der zwanziger Jahren begann um die Jahrhundertmitte eine gezielte und planmäßige Stadterweiterung, wobei die Bautätigkeit nun endgültig die Grenzen der ehemaligen Festungsanlagen überschritt. Die Bevölkerung wuchs im Zeitraum zwischen 1840 und 1900 von 7.200 auf 25.500 Einwohner. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung sah sich die Stadt vor die gleichen Probleme gestellt, die überall in Deutschland auf die Kommunen zukamen: die Versorgung der rasch wachsenden Bevölkerung mit Wohnraum, sauberem Trinkwasser, mit Energie und Nahrungsmitteln. In Gießen übernahm die Stadtverwaltung bereitwillig diese Aufgaben. Es folgte eine Phase, in der, bei konstanten äußeren Rahmenbedingungen, Impulse zu Veränderungen wesentlich aus der Stadt selbst hervorgingen.

Schon kurz nach der Mitte des Jahrhunderts war für Gießen eine Gasgesellschaft konzessioniert worden, die Kohlegas produzierte und zunächst die Beleuchtung von Straßen und Plätzen der Stadt sicherstellte, später aber auch Kochgas lieferte. Die Fragen der Hygiene stellten sich ebenfalls in immer dringlicherer Weise. Folgerichtig baute die Stadt einen eigenen Schlachthof, zunächst innerhalb der Stadt und später etwas außerhalb, jenseits der Lahn. Gleichermäßen intensiv waren die Bemühungen um die Sicherstellung der Versorgung ihrer Bewohner mit sauberem Wasser. Quellen außerhalb der Stadt wurden gefaßt und über Wasserleitungen in die Stadt geleitet. Ein eigenes Wasserleitungsnetz innerhalb der Stadt stellte bald auch die Versorgung der Haushalte sicher. Als Konsequenz erfolgte kurz darauf die Errichtung einer Kanalisation und einer Kläranlage, die die Abwässer aus der Stadt ableitete und reinigte, ehe sie in die Lahn flossen. Die Übernahme des Gaswerks in städtische Regie sowie die Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerks dokumentiert das Bemühen der Stadt zur Sicherung einer kostengünstigen, von privaten Interessen unabhängigen Energieversorgung. Ein Verfahren, das mit der Übernahme der Straßenbahngesellschaft korrespondierte und mit der Errichtung der Gießener Stadtwerke seinen Abschluß fand. Unter dem Schlagwort „Munizipalsozialismus“ ist dies ein Kennzeichen der allgemeinen städtischen Politik, bei der davon ausgegangen wurde, daß zur Aufrechterhaltung einer kostengünstigen Grundversorgung aller Schichten der Bevölkerung es Aufgabe der Kommunen sei, diese Versorgungsleistungen unabhängig von Gewinninteressen zu erbringen. Auf diese Weise entstanden eine große Anzahl der kommunalen Eigenbetriebe und Versorgungsunternehmen, die heute, in einer gegenläufigen Bewegung, vor der Privatisierung stehen.

Komplementär dazu begann die Stadt Gießen die Aufgabe der kulturellen Versorgung zu übernehmen. Mit großer Unterstützung aus der Bürgerschaft wurde das städtische Theater errichtet und in ganz ähnlicher Weise verfuhr man beim Bau des Volksbades.

An der Schwelle zum ersten Weltkrieg hatte Gießen den Sprung in die Moderne geschafft. Aus der kleinen Landstadt, die noch um die Mitte des

19. Jahrhunderts nicht wesentlich über ihren frühneuzeitlichen Bestand hinausgewachsen war, entstand eine Mittelstadt mit einer aufstrebenden Universität, mit moderner Gewerbe- und Infrastruktur. Repräsentative Bauten erhoben sich entlang der ehemaligen Festungsanlagen. Das Bahnhofsgebäude wurde den gewachsenen Bedürfnissen angepaßt, und auch die Universität hatte sich, vor allem im Verlauf der Frankfurter Straße, mit dem Bau von Kliniksgebäuden ausgedehnt. Funktionen als Verkehrsknotenpunkt, Standort von Gewerbe und Industrie, Universitätsstadt, als Verwaltungs-, Schul- und Dienstleistungszentrum sowie nach der Rückkehr des Militärs 1867 als Garnisonsstadt machten die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Stadt aus und trugen ihr die Bezeichnung „Metropole Oberhessens“ ein.

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen bedeuteten eine Zäsur; die Stadtentwicklung verlangsamte sich, auf den beschleunigten Wandel seit der Mitte des 19. Jahrhunderts folgte, bedingt durch die Kriegsfolgen und die Inflation, eine Phase der Stagnation. In den dreißiger und vierziger Jahren stand die Stadt erneut unter den Vorzeichen der baulichen Erweiterung. Priorität hatte nun vor allem der Wohnungsbau, die Ausdehnung der Universität im Bereich der Kliniken sowie die in der Zeit der Aufrüstung überproportional gesteigerte Expansion des militärischen Sektors unter dem Vorzeichen einer sich militarisierenden Gesellschaft.

Erleichtert wurde dies dadurch, daß sich schon während der Zeit der Weimarer Republik ein vielfältiges rechtsextremes Spektrum in und um Gießen entwickelt hatte, das an jahrzehntelange antisemitische Traditionen im oberhessischen Raum propagandistisch anknüpfen konnte. Die Stadt wurde braun, schon vor 1933.²⁷

Eine erneute Stärkung seiner Qualität als Militärstandort hatte Gießen bereits nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erfahren. Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages erhielt es wegen seiner Lage knapp außerhalb der entmilitarisierten Zone geradezu eine Schlüsselfunktion. Auf der bereits bestehenden militärischen Infrastruktur, und den günstigen Verkehrsanbindungen konnte nun aufgebaut werden. Kennzeichnend war, daß die Interessen der Stadt militärischen Erfordernissen bedingungslos untergeordnet wurden. Die Stadt hatte kaum Möglichkeiten, sich diesen Tendenzen entgegenzustellen oder diese Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie konnte nur reagieren und versuchen, in einem sehr begrenzten Rahmen ihre Interessen zu wahren.

In den dreißiger und vierziger Jahren sind rund 467 Hektar (4,6 Millionen Quadratmeter) an städtischem Grund und Boden (dies entspricht etwa der Größenordnung von 800 Fußballplätzen und machte damals etwa 8 % der

²⁷ Vgl. dazu Winfried Speitkamp, Modernisierung in der Krise: 1918-1945, in: (wie Anm. 1), S. 215-262, hier S. 232.

städtischen Gemarkungsfläche aus) an die Wehrmacht und Luftwaffe abgegeben worden, und zwar größtenteils zu einem Quadratmeterpreis von 20 Pfennig. Darunter waren 732.000 Quadratmeter, die unentgeltlich abgetreten werden mußten. Möglichkeiten zur Abwehr dieser Ansprüche gab es nicht. Die Stadt versuchte allerdings in den Verkaufs- und Abtretungsverträgen ihre Interessen dadurch zu wahren, indem sie auf sogenannte Rückfall- oder Rückkaufklauseln bestand, falls die entzogenen Gemarkungsteile für militärische Zwecke nicht mehr benötigt würden.

Auf diese Weise wurden große Flächen der städtischen Gemarkung für militärische Zwecke in Anspruch genommen und radikal verändert. So wurden innerhalb von nur zehn Jahren 375 Hektar des Stadtwaldes abgeholzt. Es entstanden neue Militär- und Kasernenanlagen: die Waldkaserne (Rivers-Barracks) an der Licher Straße, die Artillerie-Kaserne (Pendleton-Barracks) auf dem Trieb sowie ein Truppenübungsplatz zwischen der ehemaligen Steubenkaserne und Annerod (Hohe Warte); außerdem entstand im Süden der Stadt ein großes Militärlazarett. Ende des Jahres 1935 wurde der zivile Flugplatz in Gießen zur militärischen Einrichtung erklärt, mit erheblichem Aufwand erweitert und durch die Errichtung von Kasernenanlagen, Gleisanschlüssen und Munitionsdepots zum rein militärischen Objekt umgewandelt.²⁸

Im Zuge der Errichtung der genannten militärischen Anlagen mußten von der Stadt alle Voraussetzungen für den Anschluß an die bestehende Infrastruktur geschaffen werden: Versorgung mit Wasser und Energie sowie Abwasserentsorgung. Ebenso wurden neue Verkehrsverbindungen notwendig. Militärische Überlegungen und Rationalisierungsmaßnahmen beeinflussten seit Kriegsbeginn die städtische Infrastrukturplanung ganz entscheidend und bildeten den Hintergrund für die Entscheidung zum Bau von Oberleitungsbuslinien. Die militärischen Erfordernisse trugen während der vierziger Jahre dazu bei, daß ein umfangreiches Liniennetz von mehr als 12 km Länge entstand, durch welches die militärischen Anlagen untereinander und mit dem Bahnhof verbunden waren.

Im Laufe der dreißiger und vierziger Jahre ging die Stadt auch daran, ihre Funktion als Verwaltungsmittelpunkt in Oberhessen zu stärken. Pläne zu einer tiefgreifenden Innenstadtsanierung und zu einem repräsentativen und verkehrsgerechten Ausbau der Stadt als Verwaltungszentrum, lagen bereits in den Schubladen bereit, als Gießen, wohl aufgrund seiner Funktionen als Militärstandort, Verkehrsknotenpunkt, Industriestandort und regionales Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum, in die Luftangriffe der Alliierten einbezogen wurde. Der folgenreichste Luftangriff ereignete sich am 6. Dezem-

²⁸ StdtAG 2171 u. 5058. Vgl. Ludwig Brake, Verkehrsentwicklung und Verkehrsplanung im Raum Gießen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: H. Berding (Hg.), 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Gießen - Wirtschaft in einer Region, Darmstadt 1997, S. 60-85, hier S. 80-81.

ber 1944, als fast die gesamte Innenstadt in einem durch Brandbomben entfachten Feuersturm zerstört wurde. Gießen verlor damit sein historisches Altstadtzentrum.²⁹

Die Besetzung durch amerikanische Truppen im März 1945, die der NS-Herrschaft in der Stadt ein Ende bereiteten und die dauerhafte Stationierung von Amerikanern in Gießen sowie die Errichtung eines großen Versorgungsdepots knüpften zwar an die Tradition als Militärstandort nahtlos an. Alle anderen traditionellen Funktionen hatte die Stadt aber verloren. Die Verkehrsverbindungen waren zum großen Teil unterbrochen, die Universität war aufgehoben, eine übergeordnete Verwaltung existierte nicht mehr, die gewerbliche und industrielle Produktion lag darnieder, und das Handels- und Dienstleistungszentrum der Gießener Innenstadt war bis auf den Grund zerstört.

Der Wiederaufbau und Wiederaufstieg aus den Trümmern begann nur langsam. Die Rekonstruktion äußerer stabilisierender Rahmenbedingungen, zunächst die Gründung des Landes Hessen und schließlich die Schaffung einer einheitlichen und stabilen Währung und die Gründung der Bundesrepublik, ermöglichten eine Reorganisation der alten, angestammten Funktionsbündelung. Die Kreisverwaltung wurde in Gießen erneut errichtet. Seit der Währungsreform begann die Wirtschaft auch in Gießen wieder anzulaufen. Mitte der fünfziger Jahre hatte die Stadt ihre Funktion als Handels- und Dienstleistungszentrum zurückerobert, 1957 erlangte die Justus-Liebig-Hochschule den Universitätsstatus und im gleichen Jahr kehrte auch deutsches Militär in den Standort Gießen zurück. Bis Anfang der sechziger Jahre hatte sich trotz aller Belastungen der Nachkriegszeit ein prosperierendes Gemeinwesen entwickelt, hatte die Stadt ihre alte, angestammte Funktion und Bedeutung für die Region zurückgewonnen.³⁰

Der Zentralitätsgrad der Stadt war sogar noch gewachsen. Die bereits genannten Faktoren zusammen mit der Schaffung von Schul-, Sport- und Kultureinrichtungen in Verbindung mit den günstigen Einkaufsmöglichkeiten haben ihre Attraktivität gesteigert. Ein Höhepunkt, gleichzeitig aber auch Wendepunkt dieser als Expansionsphase zu begreifenden Zeit waren die Überlegungen, wie im Zuge einer Gebietsreform langfristig in Mittelhessen ein urbanes Leistungszentrum als Gegengewicht zum Rhein-Main-Gebiet mit Frankfurt und dem nordhessischen Ballungsraum um Kassel geschaffen werden könnte. Die Errichtung eines dritten Regierungsbezirks neben Darmstadt und Kassel (1981) mit Verwaltungssitz in Gießen trug der Funktion der Stadt als Verwaltungsmittelpunkt Rechnung, indem sie Gießen wieder zu einer Art Provinzialhauptstadt machte.

²⁹ Vgl. dazu Speitkamp (wie Anm 27), S. 242-246 u. Von der Burg zur modernen Stadt - 800 Jahre Gießener Stadtentwicklung 1197-1997, hg. v. L. Brake, Gießen 1998, S. 140-157.

³⁰ Dazu Ludwig Brake, Neuanfang und Aufbruch: 1945 bis 1960, in: (wie Anm. 1), S. 263-287.

Doch diese Prestiegeaufwertung allein genügte in den Augen der Planer nicht. Seit den späten sechziger Jahren wurde landesweit eine kommunale Neugliederung geplant, die im mittleren Hessen schließlich in das Experiment der Doppelstadt Gießen-Wetzlar mit der Bezeichnung „Lahn“ einmündete und hier kurzfristig eine neue Großstadt entstehen ließ. Dieses Gebilde, das, am 1. Januar 1977 mit präzisiertem Blick auf die planerischen Erfordernisse errichtet, historisch gewachsene Traditionen vernachlässigte, scheiterte am heftigen Widerstand der Bevölkerung. Mit dem Mißerfolg des Konzepts der „Stadt Lahn“ wurde Gießen, der größten Stadt zwischen Kassel und Frankfurt, ein wesentlicher Teil des der mittelhessischen Region insgesamt zugedachten Expansions- und Konzentrationspotentials genommen. Auch aufgrund dieser Entwicklung sieht sich die Stadt heute in der Situation, die ihr zugewiesene Funktion als regionales Oberzentrum ohne ausreichende Ressourcenausstattung erfüllen zu müssen. Die heutige kommunale Krise ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß die Stadt sich angesichts ihrer Funktionsballung übernahm und mehr übernehmen mußte, als sie aus eigener Kraft leisten konnte.³¹

Es wird sich wohl erst in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten zeigen, wie die Kommune angesichts veränderter Rahmenbedingungen - ich nenne nur das Zusammenbrechen der Kultur- und Sozialhaushalte - ihre Aufgaben und ihre Funktionen weiterhin wahrnehmen kann. Klar ist jedoch, daß eine Stadt wie Gießen aus eigener Kraft den von außen gesetzten Bedingungen nicht gegensteuern kann. Erst die Veränderung des ökonomischen und sozialen Umfeldes wird zu neuer Handlungsfreiheit führen, auch für Gießen.

³¹ Dazu Heinrich Brinkmann, *Kommune in der Krise ?*, in: (wie Anm. 1), S. 288-312.